

WahlKompakt

Die direkte Information für den Düsseldorfer Süden

14.09.2009

Ausgabe 17/2009



Karin Kortmann

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Das war ein Wochenende so ganz nach meinem Geschmack:

Freitagmorgen Eröffnung des tollen Infostandes am Schadowplatz: ein echter hin Gucker, abends Kundgebung mit Frank-Walter Steinmeier, Samstag sehr zufriedene Menschen an unseren Infoständen, abends Kneipentour mit den Schwusos, gestern Gumbertstraßenfest und abends das TV-Duell; mit 150 jungen Leuten haben wir am Infostand in der Schadowstraße gemeinsam geschaut, geklatscht und uns über einen sehr souveränen Kanzlerkandidaten gefreut. Heute morgen ging es gleich weiter. Viele Helferinnen und Helfer waren an den S-Bahnstationen und haben Flugblätter mit unserer Bilanz des gestrigen abends verteilt.

Heute morgen war am Infostand schon Antenne Düsseldorf dabei. Sie begleiten mich diese Woche: Jeden Tag berichten Sie über eine Wahlkampfaktion des CDU-Kandidaten für den Norden und über mich. Finde ich eine gelungene Begleitung.

Die Bilanz des TV-Duells im Einzelnen:

Frank-Walter Steinmeier hat im TV-Duell gegen Angela Merkel klar überzeugt.

Er hat deutlich gemacht:

Wer einen Mindestlohn will,
muss SPD wählen.

Wer die Managergehälter begrenzen
will, muss SPD wählen.

Wer die Finanzmärkte kontrollieren will,
muss SPD wählen.

Wer den Atomausstieg will, muss SPD
wählen.

Wer ein solidarisches Gesundheitssystem
will, muss SPD wählen.

Nur die SPD steht für ein starkes und soziales
Deutschland!

Angela Merkel ist im TV-Duell immer wieder
ausgewichen, wenn sie konkret werden sollte.
Klar ist nur eins: Frau Merkel schlägt als Spitzenkandidatin von Schwarz-Gelb die falsche
Richtung ein:

Beispiel Casino-Kapitalismus: Vage internationale
Vereinbarungen statt konsequenter Besteuerung
von Finanzmarktgeschäften.



Beispiel gerechte Löhne: Subventionierung von Billiglöhnen statt flächendeckendem gesetzlichen Mindestlohn.

Beispiel Energiepolitik: Fortsetzung der Atomkraft – mit allen Risiken wie der ungelösten Endlagerung von Atom-
müll.

Beispiel Gesundheitspolitik: Zwei-Klassen-Medizin mit höherer Zuzahlung und weniger Leistungen für Kassenpatienten.

Eine Alternative zu Schwarz-Gelb ist nötig und es gibt sie.

Frank-Walter Steinmeier hat deutlich gemacht, dass die Wahl eine Richtungsentscheidung über unseren Weg nach der Krise ist – für unser Land und für jeden ganz persönlich.

Millionen Deutsche haben einen überzeugenden und sachkundigen Frank-Walter Steinmeier erlebt: Er weiß was er tut und er tut, was er sagt.

Das sah auch eine Mehrheit der Zuschauer so. In den Blitzumfragen von ARD und ZDF war Steinmeier der Sieger des TV-Duells. Bei den unentschiedenen Wählern war der Vorsprung von Frank-Walter Steinmeier vor Frau Merkel noch größer als bei allen Befragten! Hier hat der SPD Kanzlerkandidat nach der ARD einen Vorsprung von 16%.

Am 27. September: SPD!
Frank-Walter Steinmeier muss Kanzler werden.

Wir gehen jetzt gestärkt in die letzten zwei Wochen des Bundestagswahlkampfes. Ich möchte alle nochmal herzlich ermuntern, den „Mundfunk“ zu betätigen und Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn und Familienmitglieder zu bitten, wählen zu gehen!

Deine/Ihre

Karin Kortmann

PS: Noch eine kleine Geschichte zum Schluss. Nach der Kundgebung am Freitagabend baten die Jusos um ein Foto mit Frank-Walter Steinmeier. Zwischen ihm und mir stand ein kleines Mädchen, das ihn ganz forsch ansprach: „Wie heißt du eigentlich mit Vornamen?“ „Frank“. „Dann kann ich dich ja jetzt auch so nennen und wann kommst du mich wieder besuchen?“



Inhalt:

I. Aktuelles

- S. 5 Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück: Lehren aus der Krise ziehen!
- S. 8 Informationen für Menschen mit Behinderungen

II. Düsseldorf

- S. 9 Praxistag. Anpacken. Für unser Land.
- S. 10 Fragen der Wochenpost. Karin Kortmann zum Thema Familie / Bildung
- S.11 Cage-People in Hongkong. Misereor-Ausstellung eröffnet
- S.11 Infostände laufen gut. Die roten Taschen sind der Renner

III. Veranstaltungshinweise

- S. 11 Termine und Infos

I. Aktuelles

1. CDU schürt Ressentiments gegen Rumänen, Chinesen und Inder— Merkel hört schweigend zu

Jürgen Rüttgers, der sich selbst gern Arbeiterführer nennt, versucht mit Parolen gegen Ausländer auf Stimmenfang zu gehen. Über rumänische Arbeiter sagte er: „In Rumänien kommen die Arbeiter nicht wie unsere Arbeitnehmer hier in NRW morgens um sieben Uhr und bleiben solange wie Betrieb ist. Die kommen, wann sie wollen und gehen, wann sie wollen.“

Auch für mögliche chinesische Investoren hatte er eine Parole auf Stammtischniveau parat: „Wenn die dann nicht endlich in Duisburg investieren wollen, dann werden die auch noch gewürgt, so lange bis sie Duisburg schön finden.“ Besondere Brisanz bekommt dieser Satz durch die Tatsache, dass am kommenden Mittwoch ein chinesischer Abend im Düsseldorfer Landtag stattfinden soll.

Rüttgers entschuldigte sich zwar für die Äußerungen. Doch schnell wurde klar, dass es sich nicht um einen einmaligen Ausrutscher gehandelt hatte. Rüttgers hat diese Passagen als festen Bestandteil seiner Standardreden im Wahlkampf benutzt. Nicht nur tauchte ein weiteres Video auf, auf dem Rüttgers gegen Ausländer polemisiert. Er

hatte diese Rede nach Presseberichten auch auf einer Wahlkampfveranstaltung in Bonn gehalten. Dort war auch Angela Merkel zugegen. Der Regierungssprecher Hans-Dieter Wichter räumte ein, dass seinerzeit „niemand“ daran Anstoß genommen hat. (SZ, 07.09.2009)

Ganz neu sind solche Töne von Rüttgers und von der Union nicht. Im Landtagswahlkampf 2000 zog er mit dem Spruch: „Kinder statt Inder“ in den Wahlkampf. Dieser Satz wurde später von den Republikanern aufgegriffen.

Da fragt man sich schon sehr besorgt, was der Spitzenkandidat der CSU, Peter Ramsauer, beim „Mittagsschoppen“ am 7. September in Landshut meinte, als er davon sprach, dass die CSU „eine saubere, reinrassige Politik“ mache. Und zu Indern hatte Ramsauer auch noch etwas zu sagen: „Die Inder bauen Autos, die schon auseinanderfallen, wenn wir das nächste entwickelt haben“ (Landshuter Zeitung, 8.9.09).

2. Atomenergie ist eine hochgefährliche Technologie

Die anhaltenden Störfälle in den Atomkraftwerken, die Zustände in den Atom Mülllagern Gorleben und Asse beweisen jeden Tag aufs Neue, dass die Atomenergien nicht

beherrschbar und hochgefährlich sind. Die Frage eines Endlagers ist nicht geklärt. Die Atomindustrie produziert strahlenden Müll zu Lasten vieler nachfolgender Generationen. Dies ist und bleibt unverantwortlich.

Atomenergie ist keine billige Technologie

Ein neues Gutachten von Greenpeace belegt, dass die Atomenergie in Deutschland seit 1950 mit rund 164,7 Milliarden Euro subventioniert wurde. Das heißt: Jede Kilowattstunde Atomstrom wird mit rund 4 Cent vom Steuerzahler subventioniert. SPD-

CDU/CSU haben da ein Müllproblem:

Haben Sie noch Platz im Keller?



Umweltminister Sigmar Gabriel: „Auch in Zukunft droht eine weitere verdeckte Subventionierung der Atomindustrie. Allein die Sanierung der maroden Endlager Asse und Morsleben wird den Steuerzahler schätzungsweise noch über 4 Milliarden Euro kosten. Es kann nicht sein, dass die Gewinne aus der Atomenergie privatisiert und die Kosten für die Schäden sozialisiert werden.“

Atomenergie dient allein der Profitmaximierung der Stromkonzerne

Die Atomindustrie will vor allem die Restlaufzeiten für ältere, in der Regel abgeschriebene Atomkraftwerke verlängern. Denn gerade die alten Reaktoren sind für die Stromerzeuger extrem profitabel. Eine längere Laufzeit bedeutet pro Atomkraftwerk einen Zusatzgewinn von rund einer Million Euro pro Tag.

Atomenergie ist eine Technologie von gestern

Der Betrieb von Atomenergie hilft dem Klimaschutz nicht und behindert die Entwicklung und Verbreitung innovativer Erneuerbarer Energien.

Schwarz-Gelb will den Atomausstieg rückgängig machen

Schwarz-Gelb setzt zuerst im Einklang mit den großen Atomstrom-Erzeugern auf eine Verlängerung der Restlaufzeit älterer, besonders störanfälliger Reaktoren. Dies als Einstieg, um die Atomkraft wieder zurück nach Deutschland zu holen.

Wer den Ausstieg aus der Atomkraft will, muss bei der Bundestagswahl Schwarz-Gelb verhindern!

3. Gerechte Löhne für gute Arbeit Deutschland bei Lohnentwicklung Schlusslicht

Die Lohnentwicklung in Deutschland ist im Vergleich zu anderen EU-Staaten deutlich schlechter. Zu diesem Ergebnis kommt der EU-Bericht „Einkommensentwicklung 2008“. In diesem Bericht zählt Deutschland bei der Lohnentwicklung europaweit zu den Schlusslichtern. Besonders negativ sind die Ergebnisse auch für Frauen, die in Deutschland immer noch erheblich weniger

verdienen als Männer.

Löhne: Deutschland bei den Schlusslichtern

- Während die Reallöhne im EU-Durchschnitt 2008 um 1,3 Prozent gestiegen sind, erhöhten sie sich in Deutschland nur um 0,1 Prozent.
- Ähnlich sah es bereits 2007 aus. In der EU stiegen die Löhne durchschnittlich um 3,6 Prozent, in Deutschland fielen sie sogar um 0,1 Prozent zurück.
- Auch bei den nominalen Lohnerhöhungen, in die Preissteigerungen nicht eingerechnet sind, liegt Deutschland hinten. Während bei uns die Löhne 2008 nominal um 2,9 Prozent stiegen, erhöhten sie sich im EU-Durchschnitt um 6,6 Prozent. Nur Arbeitnehmer in Zypern, Dänemark und Malta verzeichneten geringere Lohnsteigerungen.

Frauen weiter deutlich benachteiligt

Besonders krass fallen in Deutschland die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aus. So verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Das sind bei einem Durchschnittseinkommen monatlich netto 500 Euro weniger. EU-weit liegt das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen bei 16,6 Prozent.

Dafür steht die SPD

- Die Reallohnentwicklung muss sich wieder stärker am Produktivitätswachstum orientieren. Dazu brauchen wir starke Sozialpartner, die verbindliche Flächentarifverträge vereinbaren
- Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne einführen. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen.
- Wir wollen gleiche Löhne für gleiche Arbeit für Männer und Frauen. Da freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit weitgehend folgenlos geblieben sind, wollen wir verbindliche gesetzliche

4. Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück: Lehren aus der Krise ziehen! Die Lasten der Krise fair verteilen! Auch darum geht es am 27. September!



Die Lasten der Krise fair verteilen

Die Finanzmärkte haben uns die schwerste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression vor 80 Jahren beschert. Weltweit schützen verantwortungsvolle Regierungen mit dem Geld der Steuerzahler die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze vor dem Absturz. Viele Menschen fragen sich: Wer zahlt dafür die Zeche? Sind nur wir Steuerzahler die Dummen oder werden auch die Finanzmärkte und die Investmentbanker zur Bezahlung herangezogen?

Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler in Deutschland am 27. September:

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die international mit aller Kraft eine Finanztransaktionssteuer anstrebt? Oder national wenigstens eine Börsenumsatzsteuer? Das sind im Wesentlichen die Möglichkeiten, die die Politik hat, um die Verursacher der Krise finanziell in die Verantwortung zu nehmen.

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die Managerboni steuerlich begrenzt und die Bonuszahlungen z.B. auf ein Dreifaches des Jahresgehalts begrenzt?

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die die gesetzlichen Grundlagen dafür legt, dass Banken ihre Aktivitäten für deutsche Steuerzahler in Steueroasen auf Anfrage offen legen müssen?

Gibt es in Zukunft eine Regierung in Deutschland, die bereit ist und die Kraft hat, die Lehren aus der schwersten Krise des globalen Kapitalismus zu ziehen?

Wir Sozialdemokraten stehen dafür. Schwarz-gelb steht für das Gegenteil.

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt: Sich selbst überlassene Märkte neigen zu Exzessen. Die Märkte setzen sich selbst keine Grenzen. Investmentbanker und Börsianer haben sich in einen besinnungslosen Rausch getrunken, nicht wenige Kunden wollten bei der Party dabei sein. Die Exzesse hätten fast zum Totalzusammenbruch geführt. Jetzt müssen wir alle die Konsequenzen tragen. Nehmen wir das hin oder beenden wir endlich die Möglichkeit zum „Komasaufen“ auf den Finanzmärkten?

Zügellosem Alkoholmissbrauch von Jugendlichen versucht der Gesetzgeber auch einen Riegel vorzuschieben. Und bei Exzessen auf den Finanzmärkten, die uns alle in den Ruin treiben können, soll die Politik tatenlos zuschauen? Die SPD will das nicht.

Deshalb fordern wir in unserem Regierungsprogramm die internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer, mindestens aber die nationale Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die (steuerliche) Begrenzung von Managerboni und die Intensivierung des Kampfs gegen Steueroasen. CDU, CSU und FDP wollen das alles verhindern.

1. Finanztransaktionssteuer bzw. Börsenumsatzsteuer einführen!

Allein in Deutschland fehlen in der nächsten Legislaturperiode über 300 Mrd. € Steuereinnahmen. Der Staat musste fast 500 Mrd. € an Bürgschaften und Kapitalhilfen für Banken bereitstellen und Wirtschaft und Konsum mit zwei Konjunkturpaketen in der Größenordnung von insgesamt über 80 Mrd. € stabilisieren. Darüber hinaus umfasst das Kredit- und Bürgschaftsprogramm für Unternehmen 100 Mrd. €.

Wer zahlt dafür die Zeche? Die Garantieggebühren und die Ausgleichsbeträge, die die Banken zahlen müssen und die Ausschüttungssperren, die ihnen drohen, reichen nicht aus. Wir wollen, dass die

Finanzmärkte ihren Teil zur Finanzierung der Krisenlasten beitragen müssen. Damit können wir die Belastungen durch Bürgschaften und Kapitalhilfen gegen finanzieren. Das beste Mittel, um den gesamten Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen, ist eine internationale Finanztransaktionssteuer. Sie unterscheidet sich in zentralen Elementen von der sog. „Tobin-Steuer“, die den Devisenmarkt betrifft.

Wir streben eine internationale Finanztransaktionssteuer mindestens auf G20-Ebene mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen an. Erstens verantworten die G20-Staaten auf ihren Börsen und Handelsplätzen 92% des Welt-Aktienhandels und 76 % des Welt-Anleihenhandels. Ausweichreaktionen sind also kaum möglich. Aus dem gleichen Grund müsste zweitens die Bemessungsgrundlage der Finanztransaktionssteuer neben Wechselkursgeschäften, Spot-, Derivate- und OTC-Transaktionen (an Börsen) für den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten umfassen. Drittens sollte der Steuersatz möglichst niedrig zwischen 0,01% und 0,05% liegen.

Nach Berechnungen des WIFO Instituts in Wien könnte eine weltweite Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05% auf alle Transaktionen Einnahmen von rund 1 % des nominellen Welt-BIPs und damit rund die Hälfte der vom IWF berechneten bisherigen Belastungen aus Anti-Krisenmaßnahmen in Höhe von 2 % BIP erbringen. Nach groben Schätzungen könnten sich für Deutschland so Einnahmen zwischen 10 und 20 Mrd. € pro Jahr ergeben. Die Debatte der Finanzminister in London vom Wochenende hat gezeigt, dass es eine prinzipielle Übereinstimmung gibt, die Lasten der Krise fair zu verteilen. Wenn es in einem weiteren Schritt gelänge, auf dem G 20-Gipfel in Pittsburgh eine Vereinbarung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu schließen, hätten wir ein wirkungsvolles Instrument, diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die mit Finanztransaktionen satte Gewinne einfahren.

Aber selbst, wenn es auf G 20- oder zumindest EU-Ebene keine Verständigung zugunsten einer Finanztransaktionssteuer geben sollte, bleibt kurzfristig als Mittel die nationale Umsetzung der von der SPD geforderten Börsenumsatzsteuer, wie sie in Großbritannien bereits seit 1694 existiert: Die

Stempelsteuer beträgt dort 0,5 % des Kurswertes (Normalsatz) bis 1,5 % für Clearing-Häuser und Finanzprodukte, die bei weiteren Transaktionen nicht mehr besteuert werden.

2. Managervergütungen steuerlich begrenzen!

Das Steuerrecht bietet eine wirkungsvolle Methode, um verantwortungsvolles Wirtschaften zu belohnen und der Gier nach dem raschen Gewinn einen Riegel vorzuschieben. Die SPD will die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von Managervergütungen und Abfindungen als Betriebsausgaben abschaffen (hälftiges Abzugsverbot bei Zahlungen von über 1 Mio. €). CDU und CSU verteidigen jedoch mit Vehemenz die geltende Regelung. Dank CDU und CSU zahlt die Gemeinschaft der Steuerzahler auch in Zukunft kräftig mit, wenn Unternehmen ihren Führungskräften Bonuszahlungen in Millionen-Höhe gönnen. Selbst zu einer gesetzlichen Festschreibung der variablen Anteile in Relation zum Fixgehalt, z.B. auf das Dreifache, ist die Union nicht bereit. So fehlen weiterhin jegliche Haltelinien für die variablen Gehälter.

Ebenso einfach wie wirkungsvoll - und von der SPD immer wieder gefordert - wäre die Aktiengesetzliche Verpflichtung der Vorstände auf ein „Unternehmenswohl“, welches nicht nur die Interessen der Aktionäre, sondern auch der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit einschließen würde. Das wäre ein wichtiger Hebel für eine „angemessene“ Vergütung der Manager. Auch dies wurde in den letzten Monaten mehrfach von CDU und CSU blockiert.

3. Kampf gegen Steueroasen fortsetzen!

Die SPD hat beim Kampf gegen Steueroasen ernst gemacht. Es ist ungerecht und unsolidarisch, wenn ausgerechnet die Reichsten z.B. über Stiftungen im Ausland Hunderte Milliarden Steuern am Fiskus vorbei schmuggeln. Das trifft diejenigen am härtesten, die wesentlich auf Bildungs- und Sozialleistungen in Deutschland angewiesen sind und darunter leiden müssen, dass die finanzielle Grundlage für deren Ausbau dadurch ausgehöhlt wird.

Wir wollen nicht, dass deutsche Banken immer noch mit ihren Steuereliminierenden oder -reduzierenden Aktivitäten in Steueroasen werben. Noch immer managen große deutsche Banken vom benachbarten Ausland aus Tausende von Stiftungen und Trusts nach dem Recht berüchtigter Steueroasen. Warum machen sie das, warum nutzen sie nicht das Recht des Landes, in dem sie tätig sind? Fachleute gehen davon aus, dass rund 90 % dieser Aktivitäten der Steuerhinterziehung dienen. Wie viel Privat- oder Firmenkunden es gibt, wissen wir nicht. Ohne die Hilfe deutscher Banken kann Steuergeld nicht in Steueroasen geschleust werden. Wir wollen unterbinden, dass sich Banken bei der Beihilfe zur Steuerhinterziehung eine goldene Nase verdienen. Bisher sind uns rechtlich aber die Hände gebunden. Das wollen wir ändern!

CDU und CSU haben den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen immer wieder verzögert. Monatelang haben sie ein entsprechendes Gesetzesvorhaben blockiert und jeglichen Handlungsbedarf in Deutschland bestritten. Erst nach harten Verhandlungen konnte die SPD das Gesetz durchsetzen, aber nur mit dem Kompromiss, dass die konkreten Umsetzungsschritte aus dem Gesetz herausgenommen werden mussten. CDU und CSU haben im Laufe des Verfahrens das „Scharfmachen“ des Gesetzes verhindert und daraufgedrängt, dass dies erst über eine Verordnung erfolgt. Diese kommt (hoffentlich) am 18. September. Dann muss aber ein Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen mit der Liste der Steueroasen gefertigt werden. Das macht nur Peer Steinbrück. CDU, CSU und FDP wollen das verhindern.

**Lehren aus der Krise müssen jetzt gezogen werden:
Die SPD ist dazu bereit!**

Die Nachrichten der letzten Wochen müssen einen in der Sorge um die Rückkehr der Gier bestärken. Ausgerechnet die Investmentbanken verdienen jetzt wieder richtig Geld, zum Teil auch Dank staatlicher Hilfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass das alte Zockerspiel der Banken wieder von vorne beginnt, dass das Kasino wieder eröffnet wird. Wir sollen nicht „zum alten Kurs zurückkehren“. Wir haben bereits im Februar gemeinsam eine Blaupause vorgelegt, die Verkehrsregeln und Grundsätze umfasst, deren Umsetzung und Einhaltung dazu

führen wird, dass es nie wieder zu einer solchen Krise kommt. Eine solche Krise kann sich unser Land nicht noch einmal leisten.

Wir wollen verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger die Zeche für die Exzesse der Finanzmärkte bezahlen, während sich gleichzeitig die Manager mit ungenierten Gehaltsabsprachen die Taschen voll stopfen. Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Sparguthaben in Deutschland sicher sind. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Banken das Geld, das sie erhalten, für Kredite an Private und Unternehmen zu verantwortbaren Konditionen weiterreichen.





5. Informationen für Menschen mit Behinderungen

Für das Funktionieren unserer vitalen Demokratie in Deutschland ist es wichtig, möglichst alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig für den demokratischen Prozess zu begeistern. Das heißt für uns auch: Aktive politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Die SPD ist daher sehr bemüht, ihr Informationsmaterial auch für Menschen mit Behinderung aufzubereiten. Deshalb finden Sie unter www.spd.de/de/politik/Bundestagswahl/behinderungen/index.html

das Regierungsprogramm 2009-2013 der SPD "Sozial und Demokratisch" in Leichter Sprache sowie als Hörbuch, außerdem Auszüge des Regierungsprogramms in Gebärdensprache.

Für uns ist es wichtig mit allen Menschen in diesem Land barrierefrei und verständlich zu kommunizieren. Wir kämpfen um das Vertrauen insbesondere auch von Menschen mit Behinderungen.

Das Regierungsprogramm in leichter Sprache



Viele Menschen können oft die Sprache der Politik nicht gut verstehen, auch Menschen mit Lernschwierigkeiten. Deshalb finden Sie zum ersten Mal die wichtigsten Inhalte **u n s e r e s** Regierungsprogramms in Leichter Sprache.

Uns ist es wichtig von allen verstanden zu werden.

Das Regierungsprogramm in Leichter Sprache erklärt

daher nicht nur was wir wollen, es enthält auch viele wichtige Zusammenhänge aus dem Alltag der Menschen. Das Regierungsprogramm zeigt, wir machen ernst mit unserer Politik für Menschen mit Behinderung. Alle sollen an der Politik teilhaben und mitwirken können.

Erarbeitet wurde die vorliegende Version in Leichter Sprache vom Verein Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland.

Das Regierungsprogramm in Gebärdensprache

Eine Auswahl der wichtigsten Inhalte des SPD-Regierungsprogramms ist in diesem Jahr erstmalig auch in Gebärdensprache zu sehen - so haben auch gehörlose Wählerinnen und Wähler Zugang zu unseren politischen Zielen und Inhalten.

Denn Lautsprache - egal, ob in gesprochener oder geschriebener Form - ist für gehörlose Menschen eine Fremdsprache, zu der sie aufgrund des fehlenden Hörsinns nur eingeschränkt Zugang bekommen können. Ihre Sprache ist die Gebärdensprache.

Darum ist es uns ein besonders wichtiges Anliegen, unser Wahlprogramm auch in Gebärdensprache anzubieten: Wir machen ernst in Fragen der Zugänglichkeit unserer Inhalte für alle Wählerinnen und Wähler!

Erarbeitet wurden die Gebärdensprachfilme von Gebärdensprachwerk, den Spezialisten für Gebärdensprache.

Das Regierungsprogramm als Hörbuch wurde es von der Blindenseelsorge der Evangelischen Kirche erstellt

Hotline für Menschen mit Behinderung

Auskunft und Hinweise zu allen Fragen des Wahlkampfes gibt Ihnen gerne unsere Wahlkampfhotline unter **030 / 25991-466.**

II. Düsseldorf

Praxistag Anpacken. Für unser Land.



Karin Kortmann mit Stefan Krömer in seinem Betrieb in Düsseldorf-Benrath

Am Mittwoch war anpacken angesagt. Karin Kortmann arbeitete im Garten- und Landschaftsbaubetrieb von Stefan Krömer beim Praxistag für Politiker. Die vom Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (BDWi) durchgeführte Aktion soll PolitikerInnen praktische Erfahrungen in verschiedenen Branchen sammeln lassen. 2009 beteiligen sich über 100 Bundestagsabgeordnete bei dieser Aktion. Karin Kortmann hat sich für den Garten- und Landschaftsbau entschieden und hat beim Praxistag tatkräftig im Tagesbetrieb bei Stefan Krömer mit angepackt.

Auch der Austausch zwischen der Politikerin und den Menschen im Unternehmen ist ein wichtiger Bestandteil dieser Aktion. Karin Kortmann hat in den Gesprächen vor Ort viele neue Erfahrungen gesammelt

und sich direkt über das 9-Mannstarke Unternehmen informiert.

Der Garten- und Landschaftsbau ist stark von saisonalen Einflüssen bestimmt. "Im Winter müssen wir immer ein paar Monate über-

brücken wo die Auftragslage nicht so gut ist. Viele Kunden wissen leider nicht, dass wir auch zum Beispiel an ihrer Terrasse arbeiten können, so lange es frostfrei ist" sagt Stefan Krömer. Er habe auch viel Lehrgeld bezahlen müssen als er seinen Betrieb aufgebaut hat. Viele Auflagen seien zu erfüllen gewesen, die für einen Gartenbaubetrieb gelten. Auf die Frage von Karin Kortmann, ob er sich wieder dazu entschließen würde einen Garten- und Landschaftsbau zu eröffnen, antwortete Stefan Krömer klar mit einem "Ja, auch wenn's schwierig war".



"Der Tag heute war für mich spannend und informativ, ich habe viel dazu gelernt und schätze die Erfahrung im Bereich Garten- und Landschaftsbau mitgearbeitet zu haben. Den Blick über den Tellerrand zu wagen und neue Erfahrungen zu sammeln ist für mich als Politikerin wesentlicher Bestandteil meines beruflichen Selbstverständnisses" resümiert Karin Kortmann ihren Praxistag.

Der Arbeitseinsatz ist von Center-TV gedreht worden und auf www.karin-kortmann.de anzuschauen.



Düsseldorf

Fragen der Wochenpost Karin Kortmann zum Thema Familie / Bildung

Die Bergische Wochenpost stellt den Düsseldorfer BundestagskandidatInnen im Wahlkampf Fragen zu verschiedenen Themen. Hier die Antworten von Karin Kortmann zum Thema Familie / Bildung.

Wochenpost Fragen:

Welche Bildungschancen erwarten die Kinder unserer Familie? Wird die U3-Betreuung ausgebaut? Wer bezahlt das? Sollten die Eltern schon mal Rücklagen bilden zur Finanzierung von ggf. zwei Hochschulstudien? Steigen die Abgaben für die Sozialversicherungen? Wie sollten die beiden Eltern für ihren Lebensabend vorsorgen? Was sollten sie vorsorglich für die Ausbildung/Absicherung ihrer Kinder tun?

Antwort Karin Kortmann, MdB:

Als Mutter von zwei Kindern weiß ich, dass Familien ohne die Unterstützung vom Staat die großen Aufgaben nicht alleine meistern können. Dafür brauchen sie in Düsseldorf verlässliche Betreuungseinrichtungen und die beste Bildung für ihre Kinder.

Bildung von Anfang an

Wir Sozialdemokraten haben den Rechtsanspruch auf die Betreuung ab eins durchgesetzt. Ab 2013 gilt das für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag - gegen den erklärten Widerstand der Union, die diese Politik nicht wollte.

Beruf und Familie werden so besser miteinander zu vereinbaren. Damit Kommunen und Länder den Ausbau der Kinderbetreuung auch tatsächlich bewältigen können, beteiligt sich der Bund dauerhaft an den Betriebskosten. Bis 2013 gibt es 1,85 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt, ab 2014 fließen Jahr für Jahr 770 Millionen Euro.

Lernen braucht Zeit – Ganztagschulen

Für Schulkinder haben wir das 4-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für Ganztagschulen aufgelegt. Seit 2003 haben etwa 6.400 Schulen davon profitiert.

Und wir haben nicht hingenommen, dass 70.000 Schüler pro Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen. Deshalb haben wir das Recht eingeführt, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können.

Recht auf Berufsausbildung

Viele Jugendliche fallen nach der Schule direkt in die Arbeitslosigkeit. Die SPD fordert die Wirtschaft auf, auch in diesem Jahr 600.000 neue Ausbildungsverträge abzuschließen. Junge Menschen ohne Berufsabschluss müssen eine zweite und dritte Chance bekommen. Deshalb wollen wir eine Ausbildungsgarantie für alle über 20-Jährigen, die weder einen Berufsabschluss noch das Abitur haben.

Hochschulen verbessern

Um den steigenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zu decken, muss das Studium wieder attraktiver werden. Dort, wo die Union Studiengebühren eingeführt hat, werden wir sie wieder abschaffen. Und wir haben das Bafög deutlich erhöht. Das Ziel der SPD heißt: keine Gebühren für Krippe, Kita und Studium. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen haben! Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Eltern brauchen finanzielle Freiräume, um für ihren eigenen Lebensabend vorzusorgen.

Daher haben wir dafür gesorgt, dass der Rentenversicherungsbeitrag bis zum Jahr 2020 nicht über 20% steigen wird. In diesem Jahr sind übrigens die Renten so erhöht worden, wie zuletzt im Jahr 1994! Die SPD hat auch die „Riester-Rente“ noch attraktiver gestaltet. Die selbstgenutzte eigene Wohnimmobilie haben wir in die steuerlich geförderte Altersvorsorge aufgenommen.

Darüber hinaus haben wir die Familienleistungen erhöht. Das bedeutet mehr Kindergeld für jedes Kind und eine Ausweitung des Kinderfreibetrages. Damit werden Familien ganz real entlastet.

Gute Familienpolitik und gute Bildungspolitik gehören für uns zusammen. Die SPD wird die staatlichen Ausgaben für Bildung mit dem Bildungssoli erhöhen. Großspürige Steuersenkungsversprechen helfen keinem. Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder.

Düsseldorf

Cage-People in Hongkong
Misereor-Ausstellung eröffnet

Freitag Abend hat Karin Kortmann mit Thomas Antkowiak, Misereor Geschäftsführer und Sze Lai Shan, Sozialarbeiterin der Misereor Partnerorganisation in Hongkong die Ausstellung: "Daheim auf 2qm" in der Galerie Lausberg in der Mühlenstraße eröffnet.



In Hongkong leben ca. 100.000 Menschen in Käfigen oder Ver-schlägen.

Sie vegetieren auf 2 qm und haben kaum eine Chance diesem Elend zu entkommen.



Die Wanderausstellung ist jetzt in der Bunkerkirche in Heerdt zu sehen. Die Rede von Karin Kortmann zur Ausstellungseröffnung finden Sie unter www.karin-kortmann.de.

Infostände laufen gut
Die roten Taschen sind der Renner

Am Wochenende waren unsere Infostände besonders gut besucht. Der Ärger auf die Kanzlerin, die nichts sagt und auf den NRW-Ministerpräsidenten Rüttgers, der ausländerfeindliche Parolen von sich gibt, wächst. Allmählich werden wieder Inhalte nachgefragt.

Wahlkampf rund um die Uhr
Gute Stimmung beim Floraparkfest und den Schützen in Hamm

Petrus hat mitgemacht beim Kinderfest im Florapark und auch der Schützenumzug in Hamm blieb - zumindest bis vor dem Festzelt- trocken. Damit ist die Schützensaison zunächst einmal beendet. Nach all den Festen, die Karin Kortmann in diesem Jahr besucht hat, kennt sie die Regimentschefs fast schon alle persönlich.

III. Veranstaltungshinweise

14.9.2009

16:30—18:00 Uhr

Mobiler Infostand vor dem Stern-Verlag,
OV Friedrichstadt

15.09.2009

09:45 Uhr - 11:15 Uhr

Podiumsdiskussion des Jugendring Düsseldorf in Ko-
operation mit dem Düsseldorfer Jugendrat mit den
KandidatInnen zur Bundestagswahl,
Max-Weber-Berufskolleg

15.09.2009

16:30—18:30 Uhr

Mobiler Infostand Wersten,
Verteilaktion Edeka Harffstraße

15.09.2009

18:00 Uhr

60 Jahre Evangelische Jugend Düsseldorf
Teilnahme am Festgottesdienst in der Bergerkirche,
Bergerstraße 18b

16.09.2009

09:30—10:30 Uhr

Mobiler Infostand Reisholz—Einkaufsmarkt

16.09.2009

12:00—14:00 Uhr

Preisverleihung „Hauptstadt des Fairen Handels
2009“, Maxhaus, Schulstr. 11

16.09.2009

19:00 Uhr

Tacheles—Veranstaltung im Modigliani
am Friedensplätzchen

17.09.2009

12:30—14:00 Uhr

Mobiler Infostand auf dem Benrather Markt

17.09.2009

15:30—17:00 Uhr

mit Franz Müntefering,
Schadowstraße (vor dem Carschhaus)

17.09.2009

14:00—16:00 Uhr

Aktiv im Alter

17.09.2009

17:00—18:00 Uhr

Mobiler Infostand Verteilaktion Vennhauser Allee
Supermarkt, OV Freiheit

18.09.2009

7:00—8:00 Uhr

Mobiler Infostand Frühverteilung in Garath S-Bahn

18.09.2009

16:00 Uhr

Festrede zu 50 Jahre InWent

18.09.2009

19:00—20:30 Uhr

Podiumsdiskussion bei Center TV für Erst- und Jung-
wählerInnen, Live-Übertragung

19.09.2009

10:00—11:30 Uhr

Infostand OV Bilk und mobiler
Infostand

10:00—11:30 Uhr

Infostand OV Oberbilk und
mobiler Infostand

13:30—15:00 Uhr

Straßenfest in Wersten

20.09.2009

16:00—18:30 Uhr

50-Jahre-Feier in St. Maria in den Benden Festmesse



Impressum

Herausgeberin: Karin Kortmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Janine Barbier-Neubacher

Telefon: 030 - 227 736 29

Fax: 030 - 227 766 25

E-Mail: karin.kortmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Düsseldorf:

Telefon: 0211 - 136 22 160

Fax: 0211 - 86 39 137

E-Mail: karin.kortmann@wk.bundestag.de